

Pressebericht

Anwaltverein: Rostock braucht juristische Examensausbildung

Bildungsministerin Bettina Martin (SPD) stellte sich Diskussion zu wachsendem Mangel an Juristen im Land

Die Aula der Rostocker Universität war am Donnerstagabend mit rund 170 Gästen fast bis auf den letzten Platz besetzt. Der Rostocker Anwaltverein hatte zur Podiumsdiskussion „Juristennachwuchs sichert Rechtsstaat“ eingeladen, um auf das zunehmende Personaldefizit in Anwaltskanzleien, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam zu machen. Rechtsanwalt Christian Doose-Bruns, Vorsitzender des Vereins, erklärte zunächst die dramatische Situation. Etwa 70 Prozent der insgesamt 622 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind älter als 50 Jahre. Bis zum Jahr 2031 wird die Hälfte von ihnen in Pension gehen. Ähnlich brisant stellt sich die Lage in der Anwaltschaft dar. Ein Viertel der im Land zugelassenen Anwälte sind 60 Jahre oder älter. „Um unseren Bedarf zu decken, brauchen wir auf die nächsten 12 Jahre gerechnet jährlich 50 Zulassungen. Das lässt sich vor dem Hintergrund der Ausbildungssituation im Land nicht kompensieren“, betonte Rechtsanwalt Christian Doose-Bruns. Selbst wenn alle in Greifswald ausgebildeten Volljuristen im Land blieben, betrage die Lücke 50 Prozent. Der Verein, der die Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder vertritt, setzt sich deshalb dafür ein, die juristische Examensausbildung an der Universität Rostock wieder einzuführen. Diese war im Jahr 2008 Sparplänen der Landesregierung zum Opfer gefallen. Derzeit gibt es eine volljuristische Ausbildung nur an der Universität Greifswald.

Auf dem Podium diskutierten Bildungsministerin Bettina Martin (SPD), Stefan Graßhoff, Präsident der Rechtsanwaltskammer MV, Michael Mack, Vorsitzender des Richterbundes MV, und Edith Kindermann, Präsidentin des Deutschen Anwaltvereins. Ob es ein Fehler gewesen sei, den Studiengang zu schließen, wollte Moderator und FAZ-Journalist Dr. Hendrik Wieduwilt von der Ministerin wissen. Die Arbeitsmarktlage sei damals eine andere gewesen und der Schritt notwendig, antwortete Martin. Sie räumte ein, dass heute Konsens darüber bestehe, mehrjuristischen Nachwuchsim Land ausbilden zu wollen. Allerdings favorisiere sie andere Lösungen. Sie setze auf mehr Qualität in der Lehre, auf Prüfungsbegleitungen, mehr Praxisbezug, Kooperationen. Sie könne sich nicht vorstellen, warum nicht doppelt so viele Examens-Abschlüsse in Greifswald möglich sein sollten. Gegenwärtig starten jährlich rund 300 junge Menschen ihr Jura-Studium, aber nur ca. 60 erreichen das zweite Staatsexamen.

Die Abbrecherquoten sind deutschlandweit ähnlich hoch, entgegnete Edith Kindermann. Die Rechtsanwältin warnte davor, weitere zehn Jahre zu experimentieren. Der Bedarf sei klar, jetzt müsse gehandelt werden. Sie plädierte für zwei Standorte der Examensausbildung im Land Mecklenburg-Vorpommern. „Sie müssen beide Unis spielen. Durch Spezialisierungen und Vernetzungen werden sie gewinnen“, richtete sie sich an die Ministerin, begleitet von viel Beifall aus dem Auditorium.

Rostock hat als Standort auf Studenten eine „ganz andere Strahlkraft“ als Greifswald, betonte Rechtsanwalt Stefan Graßhoff. Er ging auf dem Podium auch auf die Auswirkungen der Gerichtsstrukturreform ein, die dazu geführt habe, dass kleine Städte jetzt ohne Amtsgerichte, Polizei und öffentliche Verwaltungen sind. Für Anwälte sei damit „der ländliche Raum zur Niederlassung noch unattraktiver“. Michael Mack, Vorsitzender Richter am Landgericht, unterstrich, dass die Absolventenzahl aus Greifswald absolut nicht ausreichend ist, um den Bedarf zu decken. Erst recht nicht, wenn man auf die Notenabschlüsse schaue. „Wenn wir

heute nicht anfangen, mehr Juristen auszubilden, haben wir in sieben bis acht Jahren ein riesiges Problem.“ Beispielsweise könnte es passieren, dass als Folge des Personalmangels Menschen aus der U-Haft entlassen werden, weil ihre Anträge nicht fristgerecht bearbeitet wurden. „Bröseln schon das Vertrauen in den Rechtsstaat?“, fragte Moderator Hendrik Wieduwilt nach. „Nein, wir haben gegenwärtig alles gut im Griff. Aber wir brauchen qualifizierte Juristen für den Rechtsstaat.“

Als positiver Umstand kann gewertet werden, dass die juristische Fakultät in Rostock noch vorhanden ist. Eigentlich hätte sie vollständig aufgelöst werden sollen, erinnerte sich Prof. Wolfgang Schareck, Rektor der Universität. Wegen der interdisziplinären Ausrichtung vieler Studiengänge sei die Fakultät in abgespeckter Form gerettet worden. Seitdem werde der Studiengang „Good Governance“ als Bachelor- und Master-Ausbildung angeboten. „Wer dann noch das Staatsexamen will, wandert allerdings ab. Und zwar nicht nach Greifswald, sondern nach Münster und Bonn.“ Schareck plädierte in der Aula für die Wiedereinführung der Examensausbildung in Rostock. Die Kosten hielten sich in Grenzen, denn Juristen bräuchten anders als Mediziner keine Labore oder teure Technik. „Vor zehn Jahren ist in Rostock etwas abgeschafft worden, was gut war. Schon damals waren die Konsequenzen absehbar“, sagte Prof. Dr. Reinhard Singer in der Diskussion, der von 1994 bis 2004 in der Warnowstadt an der Fakultät unterrichtete.

Am Ende stand die Frage im Raum, warum können Studenten in Rostock nicht einfach wieder das Examen ablegen? Die Antwort der Ministerin fiel knapp aus: „Geld ist endlich.“ In die Zielvereinbarung 2021 der Regierung zur Qualitätsentwicklung von Lehre und Forschung werden u.a. Förderungen für die Lehrerausbildung, die Ausbildung von Hebammen, Pflegern und Psychotherapeuten aufgenommen. Die Ausbildung der Juristen findet sich nicht darin. Doose-Bruns vom Rostocker Anwaltverein erklärte, dass die Veranstaltung in der Rostocker Uni einen wichtigen öffentlichen Impuls gesetzt hat. Auf allen Ebenen müsse nun engagiert für die Wiedereinführung der Examensausbildung von Juristen in Rostock geworben werden.